

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

71. Sitzung
29. April 2021

Beginn: 15.00 Uhr
Schluss: 17.57 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Tommy Tabor (AfD) beantragt, die Abstimmung über die Vorlage – zur Beschlussfassung – unter Punkt 5 a der Tagesordnung zu verschieben, da die AfD-Fraktion noch eigene Anträge einreichen wolle.

Regina Kittler (LINKE) entgegnet, dass die Zeit für die Einreichung von Anträgen ausreichend gewesen sei.

Der **Ausschuss** beschließt, den Antrag auf Vertagung abzulehnen.

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Franz Kerker (AfD) stellt folgende, zuvor schriftlich eingereichte Frage:

Wie gestalten sich die Lehrkräfteplanung und Lehrkräfteausstattung für das kommende Schuljahr, insbesondere in Hinblick auf zusätzlichen Bedarf für Zusatzangebote zur Behebung von Lernrückständen, die Quereinsteigerquote, die wachsende Stadt / wachsende Schülerzahl, die Abwanderung von Lehrern in andere Bundesländer sowie eine wohnortnahe Versorgung mit Schulplätzen?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, in einer Modellrechnung werde jedes Jahr unter Berücksichtigung bestimmter Quoten – z. B. der Schülerzahlentwicklung und des Lehreraustauschs zwischen den Bundesländern – berechnet, wie viele Lehrkräfte für das kommende Schuljahr gebraucht würden. Nach dem letzten ausführlichen Bericht vom 16. Juni 2020 – rote Nummer 2944 – würden 2 500 Lehrkräfte benötigt. Die Einstellungsverfahren liefen trotz der herausfordernden Pandemiesituation recht zufriedenstellend. Erschwerend komme aber hinzu, dass bundesweit mehrere Tausend Lehrkräfte fehlten und die Bundesländer untereinander in starker Konkurrenz stünden. Etwa 1 700 Lehrkräfte seien bisher eingestellt worden. SenBildJugFam befinde sich intensiv in der Fachkräftewerbung und lasse nicht nach. – Konkrete Zahlen bezüglich der Quereinsteigerinnen und -einsteiger lägen erst nach den Einstellungen vor.

Hinsichtlich der Lernrückstände habe sich SenBildJugFam bereits an die Schulen gewandt. Der Lernstand jedes einzelnen Kindes müsse individuell betrachtet werden. Dafür stünden unterschiedliche Instrumente und Programme, teilweise auch digital, zur Verfügung, z. B. Individuelle Lernstandsanalysen – ILeA – und Vergleichsarbeiten – VERA. SenBildJugFam befinde sich mit dem Landesinstitut für Schule und Medien in einem kontinuierlichen Prozess, weitere Instrumente und Aufgabenstellungen zu entwickeln. Bund und Länder verhandelten gemeinsam über eine Bund-Länder-Initiative. Es werde ein Bundesprogramm aufgelegt, das jeweils 1 Milliarde Euro für den Schul- und den Kitabereich bereitstelle, um Lernlücken zu schließen und zusätzliche Förderungen zu den bereits vorhandenen zu gewährleisten. Die Berliner Programme Lernbrücken und Sommerschule könnten ebenfalls über dieses Programm gefördert werden.

Neben den Lernrückständen werde gleichermaßen die emotionale und die soziale Situation der Kinder in den Blick genommen. Es müsse eine Basis geschaffen werden, die den Kindern gutes Lernen ermögliche. Diese Themen seien Bestandteile des Bundesprogramms. Die Details zur Ausgestaltung und zur Finanzierung würden noch in der Kultusministerkonferenz – KMK – diskutiert. Intern sei SenBildJugFam bereits mit der Entwicklung eines Konzepts befasst, um den Schulen, sobald das Geld vorhanden sei, die Ressourcen so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen.

Franz Kerker (AfD) erkundigt sich, wie hoch die Zahl der noch laufenden Bewerbungen sei.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, es lägen noch keine abschließenden Zahlen vor. Jeden Tag kämen neue Bewerbungen hinzu, und jede Bewerbung werde sorgfältig geprüft. Die Bewerbungsfrist laufe quasi bis zur letzten Sekunde vor Schulbeginn. Es sei sehr herausfordernd, die besten Lehrkräfte für Berlin zu gewinnen und alle Stellen zu besetzen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner erklärt, die Aktuelle Viertelstunde sei damit abgeschlossen.

- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) berichtet, dass die Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“ gestartet sei. An dieser Initiative, die Berlin gemeinsam mit Hamburg in die KMK eingebracht habe, seien 10 Berliner Schulen beteiligt. Das Programm unterstütze über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg Schulen in sozial schwieriger Lage und begleite sie wissenschaftlich. Die zehn ausgewählten Schulen befänden sich in dem Programm Berlin-Challenge. In einer Auftaktveranstaltung sei die Initiative von Prof. Dr. Kai Maaz und einer Schulleitung vorgestellt worden. Im Anschluss seien die Schulleitungen der zehn Schulen in den fachlichen Austausch getreten.

In Pandemiezeiten sei es besonders wichtig, dass die Schulen ihre Schulhöfe nutzten. Die Beratungsstelle „Grün macht Schule“ trete auch bei der Berliner Schulbauoffensive sowie der Schulhofgestaltung in Erscheinung. Im Rahmen dieses Landesprojekts seien über 200 Projekte auf den Weg gebracht worden. SenBildJugFam unterstütze es ausdrücklich, dass der Unterricht, sobald die Temperaturen stiegen, ins Freie verlegt werde.

Roman Simon (CDU) fragt, nach welchen Kriterien sich die zehn Berliner Schulen für das Programm „Schule macht stark“ qualifiziert hätten.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) führt aus, dass Berlin in der Unterstützung von Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen sehr erfahren sei. Es stünden dafür mehrere Programme – z. B. das Bonusprogramm und Berlin-Challenge – zur Verfügung. Schwerpunkt des bundesweiten Programms „Schule macht stark“ sei es, Schulen wissenschaftlich zu begleiten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Bund und Länder hätten gemeinsam die Auswahlkriterien entwickelt, anhand derer die 10 Schulen aus 20, die sich beworben hätten, ausgewählt worden seien.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner erklärt, der Tagesordnungspunkt 1 b sei damit abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen
Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie
Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren
sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und
Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0328](#)
BildJugFam

- b) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/3534

[0434](#)
BildJugFam

**Nie wieder COVID-19-Maßnahmen zu Lasten
unserer Kinder: Herr Regierender Bürgermeister,
geben Sie den jungen Menschen endlich die
gestohlene Kindheit und Jugend zurück!**

Franz Kerker (AfD) erläutert, dass sich der Antrag zu TOP 2 b selbst erkläre und die AfD-Fraktion deshalb auf die Begründung verzichte.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) berichtet, nach der Änderung des Infektionsschutzgesetzes des Bundes sei für Berlin neben der verpflichtenden Testung der Schülerinnen und Schüler, die seit mehreren Wochen bereits umgesetzt werde, eine Testpflicht zweimal pro Woche für die Lehrkräfte hinzugekommen. Den Lehrkräften sei freigestellt, ob sie die Testung durch geschulte Kolleginnen und Kollegen an der Schule vornehmen ließen oder mithilfe von Selbsttests zu Hause durchführten. Im letztgenannten Fall müsse ein negatives Testergebnis durch eine Eigenerklärung belegt werden. Ein positives Testergebnis sei der Schulleitung zu melden. Im Vorfeld habe SenBildJugFam im Austausch mit dem Hygienebeirat, den Schulleitungen und Schulleiterverbänden gestanden.

Liege die Sieben-Tage-Inzidenz in ganz Berlin nach den Berechnungen des Robert-Koch-Instituts zwischen 100 und 165, würden die Klassen halbiert. Liege der Inzidenzwert drei Tage hintereinander über 165, würden ab dem übernächsten Tag die Schulen geschlossen und die Schülerinnen und Schüler im schulisch angeleiteten Lernen zu Hause unterrichtet. Abschlussklassen und von nun an auch Übergangsklassen seien von dieser Regelung ausgenommen. Der Senat habe daher beschlossen, dass im Falle erneuter Schulschließungen in den Grundschulen die 6. Klassen, an den Gymnasien die 10. Klassen und an den Integrierten Sekundarschulen und den Gemeinschaftsschulen die 9. und 10. Klassen weiterhin im Wechselmodell unterrichtet würden. Eine Notbetreuung werde für die Jahrgangsstufen 1 bis 6 angeboten. Ein besonderer Fokus liege dabei auf sozial benachteiligten Kindern, ferner auf Schülerinnen und Schülern, die aufgrund der Pandemie Nachteilen ausgesetzt seien, sowie Kindern von Alleinerziehenden. Die Schulen seien von SenBildJugFam über diese Änderungen informiert worden.

Sie verweise auf die vorliegende Stellungnahme der Berliner Amtsärzte, die SenBildJugFam unterstützten. Die Amtsärzte verwiesen ausdrücklich auf die Wichtigkeit der Beschulung in halben Klassen und auf bereits festzustellende Auswirkungen der Schulschließungen im sozialen und emotionalen Bereich. Sie – Rednerin – begeben sich alle zwei Wochen in den Austausch mit den Amtsärzten und den Schulaufsichten. Dies biete ein gutes Forum, um Fragen und Unsicherheiten zu klären.

Paul Fresdorf (FDP) fragt, ob die Schulen Schwierigkeiten oder Beschwerden bei der Durchführung der Abiturprüfungen gemeldet hätten. – Darüber hinaus erkundige er sich nach der aktuellen Betreuungssituation in den Kindertagesstätten. – Welche Rückmeldungen erhalte SenBildJugFam hinsichtlich der Selbsttestungen, insbesondere aus den Schulen, die sich zunächst gegen das Verfahren gewehrt hätten? – Wie hoch sei die Zahl der Schülerinnen und

Schüler, die sich für eine freiwillige Wiederholung des Schuljahrs entschieden hätten? Bestätigten sich die Befürchtungen der Schulen hinsichtlich einer Überbelegung der Klassen?

Regina Kittler (LINKE) fragt nach, warum der Senat entschieden habe, dass bei einer Überschreitung des Inzidenzwerts von 165 die Jahrgangsstufe 6 weiterhin im Präsenzunterricht bleiben solle, obwohl diese Altersgruppe aktuell einen Inzidenzwert von 258 aufweise.

Welche Maßnahmen bereite der Senat für dieses und das kommende Schuljahr hinsichtlich der Mindeststandards, die erreicht werden müssten, vor? Wen beziehe der Senat in diese Überlegungen mit ein?

Sei mit den Amtsärzten darüber gesprochen worden, ob Geimpfte und Genesene noch Krankheitsüberträgerinnen bzw. -überträger seien?

Andreas Wild (fraktionslos) begrüßt, dass SenBildJugFam das Know-how der Amtsärzte in die Überlegungen der zu treffenden Maßnahmen miteinbeziehe. Er kritisiere aber, dass SenBildJugFam die Fragen an die Amtsärzte so gestellt habe, dass die Anzahl der tatsächlich an Corona erkrankten Schüler nicht herauszulesen sei. Das Berliner Schulsystem sei aufgrund einer Anzahl von positiven PCR-Tests im Promillebereich lahmgelegt worden. Wie erkläre die Senatorin die dennoch vorgenommenen starken Eingriffe in das Schulsystem?

Roman Simon (CDU) möchte wissen, ob der Senat den Einsatz sogenannter Lolli-Tests prüfe, deren Verwendung in Nordrhein-Westfalen an allen Grund- und Förderschulen geplant sei.

Erzieherinnen, Erzieher, Eltern und einige Kitaverbände forderten, dass allen Kitakindern ein Platz mit reduzierter Stundenzahl angeboten werde. Welche Haltung vertrete diesbezüglich der Senat?

Im letzten Jahr habe der Senat von den Kitaträgern einen sogenannten Solidarbeitrag eingefordert. Könne die Senatorin ausschließen, dass sich das in diesem Jahr wiederholen werde?

Die Koalition habe im letzten Jahr beschlossen, 45 Millionen Euro für das Verfahren bezüglich der Risikokinder bereitzustellen. Die CDU-Fraktion habe dieses Vorhaben unterstützt. Das Verfahren führe seinem Eindruck zufolge aber nicht dazu, dass den Kindern ein annähernd adäquates Angebot unterbreitet werde.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner weist darauf hin, dass unter diesem TOP die Senatorin berichte. Die Abgeordneten seien aufgefordert, Fragen und keine eigenen Statements zu formulieren.

Roman Simon (CDU) erkundigt sich, wie hoch die Impfquote bei den Erzieherinnen und Erziehern sei.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, die Belegungsquote in den Kitas pendele sich aktuell bei durchschnittlich 65 Prozent ein. Bei einzelnen Kitas liege die Belegung weit darüber. Die hohe Inanspruchnahme zeige, dass der Stressfaktor bei den Eltern sehr hoch und die Situation weiterhin nicht einfach sei. SenBildJugFam plane, die Kitas im Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen für alle zu öffnen. Eine Umsetzung des Modells, allen

Eltern ein Betreuungsangebot von sieben bis neun Stunden zu ermöglichen, wäre zum Scheitern verurteilt. Stattdessen werde der Betreuungsbedarf weiterhin in einem individuellen Aushandlungsprozess abgefragt. Sie wisse, dass dies sowohl für die Pädagoginnen und Pädagogen als auch für die Eltern sehr anstrengend sei. Die Zielsetzungen seien, die Eltern zu entlasten, einen guten Weg für die Einrichtungen zu finden und den Eltern, die in systemrelevanten Berufen tätig seien, das Arbeiten zu ermöglichen.

Zu den Spuck- und Lolli-Tests sei zu sagen, dass das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte – BfArM – diese nicht genehmigt habe. Um bei den Beschäftigten das Gefühl der Sicherheit zu stärken, habe SenBildJugFam in Absprache mit SenGPG entschieden, nur genehmigte Tests zu nutzen.

Hinsichtlich der Durchführung des Abiturs seien SenBildJugFam keine negativen Rückmeldungen oder Probleme bekannt. Die Schulen hätten die Möglichkeit, die Prüfungen auf den Zweittermin zu verschieben, sogar in einem geringeren Umfang als im letzten Jahr genutzt.

Die Ausführungen der Abgeordneten Kittler hinsichtlich der Ausnahmeregelung zu den 6. Klassen seien widersprüchlich. Während die Abgeordnete einerseits Bedenken geäußert habe, die 6. Klassen in der Schule zu unterrichten, stelle sie andererseits die Frage, wie die Lernsituation der Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden könne. – Die 6. Klassen blieben auch bei steigenden Inzidenzwerten im Präsenzunterricht, da die Übergänge – von der Kita in die Schule, von der Grundschule in die weiterführende Schule oder von der Schule in den Beruf – zentrale Stationen im Leben der Kinder und Jugendlichen seien. Es sei wichtig, ihnen einen guten Start zu ermöglichen. Den Argumenten der Bundestagsabgeordneten, die diese Regelungen beschlossen hätten, folgend, habe SenBildJugFam diesen Weg unterstützt und in den Senat eingebracht.

Die Debatte, Geimpften und Genesenen Lockerungen zu ermöglichen, werde bundesweit geführt und sei vom Berliner Senat aufgegriffen worden. Bei Geimpften werde die Testpflicht vollständig, bei Genesenen für sechs Monate aufgehoben.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) erklärt, dass die Inanspruchnahme des Programms zur Betreuung von Risikokindern weiterhin nicht zufriedenstellend sei. SenBildJugFam sei erneut an die Träger und die Eltern herantreten. Es könnten weiterhin Anträge gestellt werden. Dies sei aber noch immer nicht in einem befriedigenden Umfang geschehen. Dafür gebe es unterschiedliche Gründe. Es müsse beispielsweise zusätzliches Personal akquiriert werden, um eine Betreuung in Kleinstgruppen zu ermöglichen. Offensichtlich sei infolge der Inanspruchnahme durch die Notbetreuung nicht genügend Risikopersonal vorhanden, das für die Betreuung der Risikokinder eingesetzt werden könne.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) fügt an, dass sich SenBildJugFam hinsichtlich der Inanspruchnahme der freiwilligen Wiederholung des Schuljahrs im Prozess befinde und noch keine konkreten Zahlen vorlägen.

An der Impfquote des pädagogischen Personals habe sich sowohl im Kita- als auch im Schulbereich seit der letzten Ausschusssitzung nichts geändert; neue Zahlen lägen ihr nicht vor. Insgesamt hätten 68 Prozent das Impfangebot angenommen; darunter fielen auch Pädagoginnen und Pädagogen, die bereits die zweite Impfung erhalten hätten. 26 000 Personen hätten

das Impfangebot nicht angenommen. Diese Zahl sei zu groß, und sie appelliere an die Betroffenen, das kostbare Angebot in Anspruch zu nehmen.

Ein Solidarbeitrag stehe derzeit nicht zur Debatte.

Paul Fresdorf (FDP) weist darauf hin, dass die hohe Auslastung der Kitas einen nahezu regulären Personaleinsatz erfordere. Ihn erreichten immer mehr Hinweise von Erzieherinnen und Erziehern, die kritisierten, dass die Hortbetreuung der Grundschulen nicht an die Notbetreuungszeiten in den Kitas angepasst sei und dadurch ihre eigenen Kinder nicht betreut würden. Plane SenBildJugFam eine Synchronisierung der Betreuungszeiten im Hort und in der Notbetreuung in den Kindertagesstätten?

Regina Kittler (LINKE) bemerkt, dass sie der Feststellung der Senatorin, zwischen ihren Befürchtungen bezüglich Präsenzunterrichts der 6. Klassen bei einer Inzidenz von über 165 und ihrer Sorge hinsichtlich der zu erreichenden Mindeststandards bestehe eine Diskrepanz, nicht folgen könne.

Aus ihrer Sicht blieben in der Stellungnahme der Amtsärzte einige Punkte offen. Wenn die Schulen keine Pandemietreiber seien, warum seien dann die aktuell höchsten Inzidenzwerte bei den Schülern und den Elterngenerationen zu verzeichnen? – Auf die Fragen, welche Auswirkungen das steigende Mobilitätsverhalten auf die Inzidenzwerte habe, ob Erwachsene in der Schule andere infizieren könnten und ob infizierte Kinder ihre Familien ansteckten, antworteten die Amtsärzte gar nicht oder nur sehr unkonkret.

Vor dem Hintergrund, dass nach Ansicht der Amtsärzte die Impfung das einzige Mittel sei, das helfe, frage sie den Senat, ob bei der Impfung der Oberstufenlehrkräfte ein Fortschritt zu verzeichnen sei.

Andreas Wild (fraktionslos) wiederholt seine zuvor gestellte Frage, wie viele Kinder tatsächlich erkrankt seien. – Der Verband „Akkreditierte Labore in der Medizin e. V.“ habe veröffentlicht, dass 46 Prozent der getesteten Bevölkerung Corona-Antikörper hätten. Das bedeute, dass die Hälfte der Bevölkerung immun sei. Weshalb vertrete SenBildJugFam die Auffassung, dass die Immunität durch eine Impfung stärker sei und länger wirke als die Immunität durch eine Erkrankung?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) macht darauf aufmerksam, dass den täglich veröffentlichten RKI-Zahlen zu entnehmen sei, wie viele Kinder positiv getestet worden seien.

Sie sei mit der Antwort der Amtsärzte zufrieden. Gleiches gelte allgemein für die Zusammenarbeit. Die Charité-Studie verzeichne dasselbe Ergebnis wie die Stellungnahme der Amtsärzte, dass es innerhalb der Schulen bislang zu keinen großen Ansteckungsklustern gekommen sei. Im Hygienebeirat sei thematisiert worden, dass die Ansteckungszahlen in den mobilen Altersgruppen nach den Osterferien – wie im vergangenen Jahr nach den Herbstferien – extrem gestiegen seien. Das zeige deutlich, dass die meisten Ansteckungen außerhalb der Schulen stattfänden.

Sie setze sich nach wie vor dafür ein, dass die Lehrkräfte an den weiterführenden Schulen so schnell wie möglich geimpft würden. An deren Zugehörigkeit zur Prioritätsgruppe 3 habe sich nichts geändert.

Andreas Wild (fraktionslos) kritisiert, dass Senatorin Scheeres keine Aussagen über die Zahl der tatsächlich erkrankten Kinder, sondern lediglich über die Zahl der positiven PCR-Tests treffen könne. Er frage die Senatorin erneut, ob sie die Schulschließungen vor diesem Hintergrund für richtig halte.

Regina Kittler (LINKE) wirft ein, die aktuellen Zahlen der an Corona erkrankten Kinder und Jugendlichen stünden auf den Seiten des Landesamts für Gesundheit und Soziales.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner hält fest, dass der Punkt 2 a der Tagesordnung auf die nächste Sitzung vertagt sei, und lässt über den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/3534 abstimmen. – Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum solle die Ablehnung des Antrags empfohlen werden.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0438](#)
Drucksache 18/3610 BildJugFam
Gesetz zur Förderung und Beteiligung von Familien Haupt
(Familienfördergesetz)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag der Abgeordneten Frau Burkert-Eulitz (GRÜNE), dass die vorrangige Erstellung des Wortprotokolls beim Stenografischen Dienst veranlasst werde.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0356](#)
Familienservicebüros – Konzepte und Erfahrungen BildJugFam
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0360](#)
Berliner Familienzentren, FamilienServiceBüros, BildJugFam
Eltern- und Familienberatung – Qualitätsstandards
und Sichtbarkeit
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12.11.2020

- c) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/3309

**Qualitätsstandards und Sichtbarkeit der
Familienzentren in Berlin**

[0402](#)
BildJugFam

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner hält fest, dass dem Ausschuss zu dem Punkt 4 b der Tagesordnung das Wortprotokoll der Sitzung vom 12. November 2020 vorliege.

Der Besprechungsbedarf zu TOP 4 a sei bereits in der Sitzung am 12. November 2020 von der Abgeordneten Katrin Seidel, zu TOP 4 b in derselben Sitzung von dem Abgeordneten Tommy Tabor und der Antrag unter TOP 4 c in der Sitzung am 15. April 2021 ebenfalls von dem Abgeordneten Tabor begründet worden.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) legt dar, die Anhörung habe gezeigt, dass sich das Land Berlin hinsichtlich Familienzentren bereits vor langer Zeit auf den Weg gemacht habe. Das Landesprogramm für die Familienzentren werde seit 2012 kontinuierlich weiterverfolgt. Im aktuellen Doppelhaushalt seien die Finanzmittel noch einmal aufgestockt worden. Es seien jetzt in allen Bezirken Familienzentren vorhanden. Das Ziel, die Zahl der Familienzentren von 45 auf 48 zu erhöhen, stehe im Raum. Es sei eine gute sozialräumliche Versorgung und Beratung sowie überwiegend eine enge konzeptionelle Verzahnung mit den Kindertageseinrichtungen festzustellen. In vielen Programmen, beispielsweise den Stadtteilmüttern, werde ein Peer-to-Peer-Ansatz verfolgt.

Es sei besonders erfreulich, dass die Zahl der Regenbogenfamilienzentren von eins auf drei gestiegen sei. Bei der Standortauswahl spielten Sozialindikatoren eine wichtige Rolle. Diese Ansicht sei durch die Anhörung bestätigt worden. Viele Bezirke hätten bereits Familienservicebüros eingerichtet, weitere hätten sich auf den Weg gemacht. Auch im Familienfördergesetz seien die Familienzentren und die Familienservicebüros als eine der sechs Angebotsformen verankert. Berlin befinde sich hier auf einem guten Weg. Der SPD-Fraktion lägen die Familienzentren sehr am Herzen, und sie werde sich auch in Zukunft für diese stark machen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner lässt über den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/3309 abstimmen. – Der **Ausschuss** beschließt, dass dem Plenum die Ablehnung des Antrags empfohlen werde.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner stellt fest, dass die Tagesordnungspunkte 4 a und 4 b abgeschlossen seien.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3557

Gesetz über die Erwachsenenbildung im Land Berlin

[0436](#)
BildJugFam

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0172](#)
Einführung eines Erwachsenenbildungsgesetzes BildJugFam
(Weiterbildungsgesetz)
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 15.04.2021

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner hält fest, dass dem Ausschuss zu den Tagesordnungspunkten 5 a und 5 b das Wortprotokoll der Sitzung vom 15. April 2021 vorliege. Zu TOP 5 a liege dem Ausschuss ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vor.

Der Besprechungsbedarf zu Punkt 5 b der Tagesordnung sei bereits in der Sitzung am 15. April 2021 von dem Abgeordneten Tommy Tabor begründet worden.

Regina Kittler (LINKE) erklärt, die Senatsvorlage sei sehr gut, da sie gleichermaßen die Anerkennung, die das Abgeordnetenhaus den Einrichtungen der Erwachsenenbildung, insbesondere den Volkshochschulen und der Landeszentrale für politische Bildung, entgegenbringe und die Wichtigkeit, die diese Einrichtungen für eine demokratische Bildung in der Stadt hätten, verdeutliche. In der Anhörung sei bekräftigt worden, dass Berlin als Stadt und als öffentliche Hand einen Bildungsauftrag habe.

Es sei wichtig, dass das lebenslange Lernen nicht nur durch Projekte, sondern auch durch die Verstetigung von Aufgaben unterstützt werde. Dem komme das Gesetz nach. Der Beirat werde die Mitwirkung von Vertreterinnen und Vertretern der Erwachsenenbildung zusätzlich festigen, sodass diese als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Erscheinung treten könnten.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen enthalte drei Schwerpunkte, die als Ergänzungen anzusehen seien. Zu Nummer 2: Zu einer angemessenen sächlichen und räumlichen Ausstattung der Erwachsenenbildungsinstitutionen gehöre auch eine zeitgemäße digitale Ausstattung. Zu Nummer 4: Die Bibliotheken gehörten zu den größten Bildungseinrichtungen Berlins. Diese besondere Rolle innerhalb der Berliner Bildungslandschaft werde durch die Möglichkeit, im Beirat mitzuwirken, gestärkt.

Dr. Maja Lasić (SPD) fügt ergänzend hinzu, dass das Erwachsenenbildungsgesetz in der gesamten Branche als Meilenstein angesehen werde. Bedauerlicherweise sei wegen der coronabedingt limitierten Anzahl der Anzuhörenden eine Einladung der Kursleitendenvertretungen in den Ausschuss nicht möglich gewesen. Deshalb seien die entscheidenden Punkte in einem Gespräch herausgearbeitet worden. Die Beteiligung der Kursleitendenvertretungen sei im Gesetz schon mitgedacht, bedürfe aber an einigen Stellen einer Schärfung, insbesondere in Hinblick auf die Tätigkeit der Selbstständigen. Zum Beispiel könne bei Konflikten, explizit einer Kündigung, auf Wunsch die Kursleitendenvertretung hinzugezogen werden. Die Anzahl der Kursleitenden in einer Kursleitendenvertretung werde von drei auf fünf erhöht. Den Beschäftigten sei es wichtig, dass sie sich auf Landesebene organisieren könnten. Das sei vorher zwar nicht ausgeschlossen gewesen, werde aber durch die ergänzende Formulierung in § 11 Absatz 1 explizit hervorgehoben.

Es sei ein besonderes Anliegen der Koalitionsfraktionen, dass das Gesetz im Zusammenspiel mit den anderen Anträgen, die die drei Fraktionen in diesem Bereich auf den Weg gebracht hätten, die Position der Beschäftigten stärke.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) [zugeschaltet] äußert einleitend, dass die FDP-Fraktion das Erwachsenenbildungsgesetz ausdrücklich begrüße. In der Anhörung sei deutlich geworden, dass es in anderen Bundesländern, z. B. Nordrhein-Westfalen, einen längeren Partizipationsprozess gegeben habe, um das Erwachsenenbildungsgesetz zu novellieren. Die FDP-Fraktion plädiere daher dafür, dass die im Gesetz vorgesehenen Evaluationen regelmäßig stattfänden und das Gesetz weiterentwickelt werde. Die jetzige Vorlage sei eine gute Basis, und es sei erfreulich, dass das Gesetz noch kurz vor Ende der Legislaturperiode vorliege.

Sie unterstütze, dass im Änderungsantrag die Digitalisierung stärker vorkomme. Perspektivisch könne sich die FDP-Fraktion neben der Landeszentrale für politische Bildung auch eine Landeszentrale für digitale Bildung vorstellen. Vor diesem Hintergrund habe die FDP-Fraktion einen eigenen Antrag eingereicht. – Ihr Fazit: Das Gesetz sei solide gemacht, müsse aber mit Blick auf die wichtigen Zukunftsthemen Berlins weiterentwickelt werden.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen und dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3557 mit den zuvor beschlossenen Änderungen zu empfehlen.

Regina Kittler (LINKE) beantragt die dringliche Überweisung. Mit dem Erwachsenenbildungsgesetz sei ein Meilenstein in der Entwicklung der Berliner Bildungslandschaft geschaffen worden. Die Beschäftigten der Volkshochschulen und der Landeszentrale für politische Bildung warteten dringend auf diesen Beschluss. – Der **Ausschuss** beschließt die Dringlichkeit.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner erklärt die Behandlung der Tagesordnungspunkte 5 a und 5 b für abgeschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/3544

[0435](#)
BildJugFam(f)
Sport*

**Schwimmenlernen ist wichtig – auch in Corona-
Zeiten**

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner informiert, dem Ausschuss liege eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Sport vor. Dieser empfehle einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

Dennis Buchner (SPD) führt aus, coronabedingt erhalte bereits der zweite Jahrgang von Drittklässlern keinen Schwimmunterricht. Schwimmen sei eine lebenswichtige Grundfertigkeit. Spätestens in der Grundschule sollten alle Kinder die Möglichkeit bekommen, schwim-

men zu lernen. Der vorliegende Antrag stelle sicher, dass die betroffenen Jahrgänge aus diesem und dem letzten Schuljahr entweder im Rahmen des Schulunterrichts oder in Ferienkursen zeitnah Angebote zur Nachschulung erhielten. Die Ferienkurse fänden bisher mit Unterstützung des Berliner Schwimm-Verbands, der Schwimmsportvereine, der Sportjugend und der Bezirke statt. Sie würden jetzt in großer Anzahl gebraucht. Der Antrag adressiere außerdem die Berliner Bäder-Betriebe, die Wasserzeiten und Personal zur Verfügung stellen müssten.

Er beantrage im Namen des Sportausschusses, folgende Änderung im Antrag vorzunehmen – im zweiten Absatz des Antrags sei folgender Spiegelstrich angefügt –:

Mit den Pächtern von Freibädern sind Gespräche über eine mögliche Bereitstellung von Nutzungszeiten für schulischen Schwimmunterricht/Nachschulungskurse zu führen, auch durch einen früheren Saisonstart bzw. eine Saisonverlängerung für diesen Zweck.

Durch diese Ergänzung könnten auch Bäder, die sich nicht im Landesbesitz befänden, genutzt werden.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) bekräftigt, dass das Schwimmen lebenswichtig sei. Es sei daher extrem wichtig, dass Kinder so früh wie möglich schwimmen lernten. SenBildJugFam habe deswegen 2017 gemeinsam mit SenInnDS, den Berliner Bäder-Betrieben, dem Landessportbund und Schwimmvereinen eine Schwimmoffensive auf den Weg gebracht. Es seien fünf Schulschwimmzentren konzipiert worden. Den Kindern seien in den Ferien kostenlose Schwimmkurse angeboten worden. Diese seien dankbar angenommen worden. Im Sommer und im Herbst 2020 hätten insgesamt 4 848 Schülerinnen und Schüler an den Intensivkursen teilgenommen. 1 269 Kinder hätten ihr Seepferdchen, 2 228 Kinder das Bronze-, 492 Kinder das Silber- und 20 Kinder das Goldabzeichen erhalten. Die Nichtschwimmerquote sei von 2010/11 bis 2018/19 von 19 Prozent auf 16,4 Prozent gesenkt worden. Das sei für SenBildJugFam aber noch nicht ausreichend, deshalb seien die Angebote in diesem Bereich sehr wichtig. Sie begrüße den vorliegenden Antrag, der darauf abziele, alle Wasserflächen zu nutzen. Die Ferienangebote seien besonders wichtig, da die Schulschwimmangebote coronabedingt nicht durchgängig stattgefunden hätten. Sie begrüßte es, wenn das Parlament den Antrag zur Freude der Familien unterstützte und das Schwimmschwimmnetzwerk dadurch Rückenwind bekäme.

Paul Fresdorf (FDP) erklärt, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze. Er stimme mit der Senatorin darin überein, dass eine Nichtschwimmerquote von 16 Prozent zu hoch sei.

Tommy Tabor (AfD) bekundet, dass seine Fraktion den Antrag ebenfalls unterstütze. Die Fähigkeit zu schwimmen sei elementar. Berlin sei eine wasserreiche Stadt. Er weise darauf hin, dass es an der Koalition und an SenBildJugFam liege, dass die Kinder aktuell nicht schwimmen könnten. Vor diesem Hintergrund hätte der Antrag auch von der AfD-Fraktion kommen können.

Dennis Buchner (SPD) beantragt die Dringlichkeit der Behandlung des Antrags. Zudem bitte er darum, dass das Berichtsdatum auf „30. Juni 2021“ geändert werde.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2021“ zuzustimmen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner lässt über den Antrag Drucksache 18/3544 in der geänderten Fassung abstimmen. – Der **Ausschuss** beschließt, dass dem Plenum die Annahme des Antrags Drucksache 18/3544 mit den zuvor beschlossenen Änderungen empfohlen werde. Außerdem wird die Dringlichkeit beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.